

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis für eine Anbauvereinigung gemäß § 11 Absatz 1 des Konsumcannabisgesetzes (KCanG)

1. Allgemeine Angaben zur Anbauvereinigung gemäß § 11 Absatz 4 KCanG	
1.1. Name der Anbauvereinigung	
1.2. Sitzanschrift der Anbauvereinigung Straße Hausnummer Postleitzahl Ort ergänzende Angaben	
1.3. Kontaktdaten Telefonnummer E-Mail-Adresse Website	
1.4. Die Anbauvereinigung ist	<input type="checkbox"/> ein eingetragener nicht-wirtschaftlicher Verein <input type="checkbox"/> eine eingetragene Genossenschaft
1.5. Registernummer	
1.6. Anzahl Vorstandsmitglieder/vertretungsberechtigte Personen der Anbauvereinigung	
1.7. Mitgliederzahl	Anzahl der Mitglieder aktuell: voraussichtlich: davon Personen im Alter von 18 - 21 Jahren aktuell: voraussichtlich:
1.8. Was soll erzeugt werden	<input type="checkbox"/> Marihuana <input type="checkbox"/> Haschisch (Mehrfachnennung möglich)

2. Angaben zu vertretungsberechtigten Personen gemäß § 11 Absatz 4 KCanG

2.1. Persönliche Angaben Vorstandsmitglied/ vertretungsberechtigte Person	
Anrede Vorname Name Geburtsdatum und -ort	
Anschrift Telefonnummer E-Mail	
Position in der Vorstandschaft des Vereins/ in der Genossenschaft	
Ist die Person uneingeschränkt geschäftsfähig?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2.2. Persönliche Angaben Vorstandsmitglied/ vertretungsberechtigte Person	
Anrede Vorname Name Geburtsdatum und -ort	
Anschrift Telefonnummer E-Mail	
Position in der Vorstandschaft des Vereins / in der Genossenschaft	
Ist die Person uneingeschränkt geschäftsfähig?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Hinweis

Sofern weitere vertretungsberechtigte Personen vorhanden sind, führen Sie die unter Punkt 2 abgefragten Daten bitte als Anlage auf einem gesonderten Blatt bei.

Für jede vertretungsberechtigte Person sind folgende Anlagen beizufügen:

- 1. Anlage B.1 und Anlage B.2** (siehe unter „Weitere einzureichende Unterlagen“)
- 2. Anlage B.3** - Selbstausskunft jeder vertretungsberechtigten Person, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung kein erlaubnishaftendes Verfahren anhängig ist (eine mögliche Vorlage finden Sie im Downloadbereich)
- 3. Anlage B.4** - Nachweis der Mitgliedschaft (Kopie des Mitgliedsausweises oder ähnliches, siehe Merkblatt)

3. Präventionsbeauftragte Person

3.1. Angaben zur/zum Präventionsbeauftragten gemäß § 11 Absatz 4 Nr. 11 KCanG	
Anrede Vorname Name Geburtsdatum und -ort	
Anschrift Telefonnummer E-Mail	
3.2. Verfügt der/ die Präventionsbeauftragte zum Zeitpunkt der Antragstellung über einen Nachweis gemäß § 23 Absatz 4 Satz 5 KCanG?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Sofern bei Antragstellung vorhanden, bitte den Nachweis unter Anlage G beifügen
3.3. Nachweis der Mitgliedschaft	Nachweis unter Anlage B.4 beifügen

4. Angaben zu entgeltlich beschäftigten Personen mit Zugang zu Cannabis und/ oder Vermehrungsmaterial gemäß § 11 Absatz 4 Nr. 4 KCanG (sofern vorhanden)

Sofern Personen mit Zugang zu Cannabis und/ oder Vermehrungsmaterial beschäftigt werden sollen, fügen Sie diesem Antrag bitte die folgenden Anlagen bei:

4.1. Beleg eines entgeltlichen Beschäftigungsverhältnisses für jede entgeltlich beschäftigte Person mit Zugang zu Cannabis/ Vermehrungsmaterial inklusive folgender Informationen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, und elektronische Kontaktdaten

4.2. Nachweis, dass es sich um eine geringfügige Beschäftigung gemäß § 8 Absatz 1 des Vierten Sozialgesetzbuches (SGB IV) handelt

4.3. Anlage B.4 - Nachweis der Mitgliedschaft der beschäftigten Person (Kopie des Mitgliedsausweises oder ähnliches, siehe Merkblatt)

Änderungen gemäß § 11 Absatz 6 Nr. 1 KCanG sind der hiesigen Behörde entsprechend mitzuteilen.

5. Angaben zum befriedeten Besitztum gemäß § 11 Absatz 4 Nr. 7 sowie Nr. 8 KCanG

5.1. Anschrift	
5.2. Betriebs- und Geschäftszeiten des befriedeten Besitztums	
5.3. Lage des befriedeten Besitztums (zum Beispiel Flurbezeichnung, Etage)	
5.4. genordeter Lageplan	Bitte als Anlage beifügen. Bitte die genaue Begrenzung des befriedeten Besitztums kennzeichnen.

5.5. Beim befriedeten Besitztum handelt es sich um eine	<input type="checkbox"/> Anbaufläche <input type="checkbox"/> Weitergabestelle (Mehrfachnennung möglich)
5.6. Größe des befriedeten Besitztums (in Hektar oder Quadratmetern)	
5.7. Größe der tatsächlichen Anbaufläche (nicht bei Weitergabestellen anzugeben)	

Weitere Angaben zum befriedeten Besitztum:

5.8. Befindet sich das befriedete Besitztum in einem Bereich von weniger als 200 Metern um den Eingangsbereich von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder Kinderspielplätzen? (Vgl. § 12 Absatz 1 Nr. 6 KCanG) Geben Sie bitte an, wie dies ermittelt wurde.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
5.9. Bestätigen Sie, dass kein Teil des befriedeten Besitztums sich vollständig oder teilweise innerhalb einer privaten Wohnung befindet? (Vgl. § 12 Absatz 1 Nr. 7 KCanG)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
5.10. Bestätigen Sie, dass kein Teil des befriedeten Besitztums sich vollständig oder teilweise innerhalb des befriedeten Besitztums anderer Anbauvereinigungen befindet? (Vgl. § 12 Absatz 1 Nr.7 KCanG)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

5.11. Bestätigen Sie, dass kein Teil des befriedeten Besitztums sich vollständig oder teilweise innerhalb eines militärischen Bereiches befindet? (Vgl. § 12 Absatz 1 Nr. 8 KCanG)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
5.12. Bestätigen Sie, dass das befriedete Besitztum ausschließlich von der in diesem Antrag benannten Anbauvereinigung genutzt wird? (Vgl. § 12 Absatz 4 KCanG)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
5.13. Stehen Anbauflächen oder Gewächshäuser in einem baulichen Verbund mit Anbauflächen oder Gewächshäusern anderer Anbauvereinigungen? (Vgl. § 12 Absatz 3 Nr. 2 KCanG) Wenn ja erläutern Sie bitte in welcher Weise:	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Angaben zu weiteren befriedeten Besitztümern:

Fügen Sie diesem Antrag gegebenenfalls eine Anlage mit unter Nummer 5.1 - 5.13 aufgeführten Informationen für jedes weitere befriedete Besitztum hinzu.

Sie finden eine entsprechende Vorlage im Downloadbereich unter Anlage 5 - weiteres befriedetes Besitztum.

6. Angabe der beantragten Anbau- und Weitergabemengen gemäß § 11 Absatz 4 KCanG

6.1. Gesamt-Anbaumenge Cannabis pro Kalenderjahr (in Gramm):
6.2. Gesamt-Weitergabemenge Cannabis pro Kalenderjahr (in Gramm):
6.2.1. Weitergabemenge Marihuana pro Kalenderjahr (in Gramm):
6.2.2. Weitergabemenge Haschisch pro Kalenderjahr (in Gramm):

Zum Antrag einzureichende Unterlagen

Bitte reichen Sie mit Ihrem Antrag die folgenden Unterlagen ein. Kennzeichnen Sie die Unterlagen bitte mit dem entsprechenden Buchstaben sowie zugehöriger Nummer, weitere Anlagen nummerieren Sie bitte fortlaufend.

A.1 Satzung des Vereins oder der Genossenschaft und A.2 Vereins- oder Genossenschaftsregisterauszug	Eine Kopie ist jeweils ausreichend Hinweise siehe Merkblatt zu Anlage A.1
B.1 Auszug aus dem Gewerbezentralregister für alle vertretungsberechtigten Personen gemäß § 11 Absatz 4 Nr. 5 KCanG (höchstens drei Monate vor der Antragstellung erteilt)	Bitte im Original an folgende postalische Adresse einreichen: Landesamt für Gesundheit und Soziales Referat IV G, Arbeitsgruppe IV G 3 Postfach 31 09 29 10639 Berlin

<p>B.2 Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 Bundeszentralregistergesetz (zur Vorlage bei einer Behörde) für alle Vorstandsmitglieder und vertretungsberechtigten Personen gemäß § 11 Absatz 4 Nr. 5 KCanG</p> <p>(höchstens drei Monate vor der Antragstellung erteilt)</p>	<p>Führungszeugnisse werden zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes beantragt und werden daher direkt an die hiesige Behörde gesendet.</p> <p>Geben Sie bei der Beantragung bitte die korrekte Adresse</p> <p>Landesamt für Gesundheit und Soziales Referat IV G, Arbeitsgruppe IV G 3 Postfach 31 09 29 10639 Berlin</p> <p>sowie als Grund der Bestellung</p> <p>„Erlaubniserteilung Konsumcannabisgesetz“ an.</p>
<p>B.3 Selbstauskunft jeder vertretungsberechtigten Person, dass zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Erklärung und in den letzten fünf Jahren davor kein gerichtliches Strafverfahren und kein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, insbesondere nach § 12 Absatz 2 Nr. 1 Buchstaben a bis h KCanG -Versagung der Erlaubnis, anhängig ist bzw. war und/oder eine Verurteilung erfolgt ist.</p>	<p>Eine entsprechende „Vorlage Erklärung Strafverfahren“ ist beispielsweise im Downloadbereich hinterlegt.</p>
<p>B.4 Nachweis der Mitgliedschaft der vertretungsberechtigten Personen, der präventionsbeauftragten Person, von Beschäftigten</p>	<p>Hinweise siehe Merkblatt</p>

C. Gesundheits- und Jugendschutzkonzept zu risikoreduziertem Konsum und zur Suchtprävention gemäß § 23 Absatz 6 KCanG	Hinweise siehe Merkblatt
D. Erläuterung zu Schutzmaßnahmen gegen Einsicht von außen gemäß § 23 Absatz 3 KCanG	Ggf. Fotonachweise einreichen
E. Konzept zur Sicherung des im befriedeten Besitztum gelagerten Cannabis und Vermehrungsmaterial vor dem Zugriff Dritter gemäß § 11 Absatz 3 Nr. 2 in Verbindung mit § 22 KCanG	Hinweise siehe Merkblatt Bitte fügen Sie ggf. geeignete Bildnachweise bei (zum Beispiel Zugriffsschutz, Anbauflächen etc.)
F. Cannabis Vernichtungskonzept gemäß § 18 Absatz 3 KCanG in Verbindung mit § 26 Absatz 1 Nr. 4 KCanG	Hinweise siehe Merkblatt
G. Nachweis der Beratungs- und Präventionskenntnisse der/ des Präventionsbeauftragten gemäß § 23 Absatz 4 Satz 5 KCanG	<input type="checkbox"/> liegt vor und ist dem Antrag beigelegt <input type="checkbox"/> wird spätestens innerhalb von 3 Monaten nach Erlaubniserteilung nachgereicht Hinweise siehe Merkblatt
H. Konzept zur Qualitätssicherung des für den Eigenkonsum bestimmten Cannabis sowie des Vermehrungsmaterials gemäß § 18 KCanG unter Berücksichtigung der §§ 21, 17 Absätze 3 und 4 KCanG	Hinweise siehe Merkblatt zu Anlage H

I. Konzept bezüglich der Mitwirkung der Vereinsmitglieder gemäß § 11 Absatz 3 Nr. 3 in Verbindung mit § 17 Absatz 2 Satz 1 KCanG	Hinweise siehe Merkblatt
J. Anbaukonzept - Informationen zu geplanten Anbauformen, Anbaumethoden, Einhaltung der guten fachlichen Praxis gemäß § 17 Absatz 3 KCanG in Verbindung mit § 11 Absatz 3 Nr. 3 KCanG sowie § 12 Absatz 4 KCanG	<p>Soweit zu einzelnen Punkten bereits hinreichende Informationen in Anlage H gegeben wurden, müssen diese nicht wiederholt dargelegt werden.</p> <p>Hinweise siehe Merkblatt zu Anlage J</p>
L. geplante Höhe des Mitgliedsbeitrags nebst zugrundeliegender Kalkulation (einschließlich Miete, Stromkosten) gemäß § 11 Absatz 3 Nr. 3 KCanG in Verbindung mit § 12 Absatz 4 KCanG	<p>Sofern vorhanden, bitte ebenfalls Beitragsordnung einsenden.</p> <p>Hinweise siehe Merkblatt</p>

Hinweis

Die Prüfung und die Erlaubnis nach dem KCanG umfasst keine nach anderen (Fach-) Gesetzen erforderlichen Prüfungen und/ oder Genehmigungen. Anforderungen zu beachten, die sich aus anderen rechtlichen Bereichen ergeben, liegt im Verantwortungsbereich der Anbauvereinigungen.

Information über die Datenverarbeitung

Hiermit informieren wir Sie, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen erheben, wofür diese benötigt werden und wie sie bei uns verarbeitet werden. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte nach geltendem Datenschutzrecht. Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck der Antragsbearbeitung. Hierzu werden Ihr Name, Geschlecht, Geburtsdatum, berufliche Anschrift, Beruf, Qualifikation sowie das Aktenzeichen zu Ihrem Vorgang gespeichert. Um gegebenenfalls Gebühren erheben zu können, erfolgt eine Übermittlung Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das Haushaltsreferat innerhalb des Lageso. Rechtliche Grundlage ist § 3 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30.6.2017 bzw. § 3 des Berliner Datenschutzgesetzes nach Inkrafttreten. Ihre personenbezogenen Daten werden bei uns sowohl in Papierform als auch elektronisch gespeichert. Die Löschung der elektronischen Akten bzw. die Vernichtung der Akten erfolgt zehn Jahre nach Ablauf der Zulassung.

Als von der Datenverarbeitung betroffene Person haben Sie folgende Rechte:

- 1.** Sie können bei uns Auskunft darüber verlangen, welche personenbezogenen Daten wir über Sie zu welchen Zwecken verarbeiten und wem diese bereits offengelegt oder an wen diese weitergeben wurden. Auch an wen wir Sie noch weiter geben wollen ist Bestandteil der Auskunft.
- 2.** Sie können bei uns die Berichtigung fehlerhafter Angaben zu Ihrer Person verlangen.
- 3.** Sie können die Löschung Ihrer Daten verlangen zum Beispiel, wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen/ die Daten bei uns für den oben angegebenen Zweck nicht mehr benötigt werden und es auch keine gesetzliche Grundlage mehr für die längere Speicherung bei uns gibt.
- 4.** Unter bestimmten Umständen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten bei uns verlangen; die Daten werden dann nicht gelöscht, aber nicht weiter genutzt.
- 5.** Aus Gründen, die sich auf Ihrer besonderen persönlichen Situation ergeben, können Sie gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen.

6. Sie haben das Recht, nicht einer auf ausschließlich automatisierter Datenverarbeitung beruhender Entscheidung (Profiling) unterworfen zu werden.
7. Wenn Sie nicht zufrieden mit der Datenverarbeitung bei uns sind, können Sie auch bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, mailbox@datenschutz-berlin.de) Beschwerde einreichen.

Für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle:

Landesamt für Gesundheit und Soziales Lageso

Ansprechpartner: IVG 3, Lennartz, Tel.: +49 (9229) - 2964

Mail: KCannabis@lageso.berlin.de

Datenschutzbeauftragter: ZSL DSB Tel.: +49 30 90229-1209

Mail: Datenschutz@lageso.berlin.de

Abschließende Hinweise

- Ich habe den Datenschutzhinweis gelesen und stimme der Verarbeitung der Daten zu.
- Die im Antrag gemachten Angaben entsprechen der Wahrheit. Die voraussichtlichen Angaben sind realistisch beziehungsweise wurden realistisch geschätzt
- Änderungen der im Antrag gemachten Angaben oder der eingereichten Nachweise müssen der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich mitgeteilt werden.
- Das Antragsverfahren auf Erteilung einer Erlaubnis für eine Anbauvereinigung ist nach der Tarifstelle 2100 a) der Verwaltungsgebührenordnung (VGebO) Berlin eine gebührenpflichtige Amtshandlung. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem erforderlichen Bearbeitungsaufwand.

Ort, Datum

Vor- und Nachname in Druckschrift

Unterschrift